



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 009890

P/VII/177 - 4.8.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

Scheingespräche um die Saar ?	S. 1
Der Parteitag der Missini	S. 3
Zur Tagung des Lutherischen Weltbundes	S. 5
Lübke verlor Zweidrittelmehrheit <i>Wahl in Pinnberg</i>	S. 7

Hintergründe einer Formel

Von unserem ständigen Saar-Mitarbeiter

Wenn am kommenden Freitag die deutsch-französischen Saarverhandlungen in Paris nach der überraschenden Unterbrechung und dem Zwischenbericht der deutschen Delegierten an den Bundeskanzler in der vergangenen Woche wieder beginnen, werden sie ganz zweifellos im Zeichen des französischen Versuches stehen, mit einigen optischen Zugeständnissen, die sich um die Formel der Europäisierung bewegen dürften, die Beibehaltung des jetzigen Zustandes zu erreichen.

Angesichts dieser französischen Haltung wirft sich die Frage auf, welche Erfolgsaussichten die jetzigen deutsch-französischen Verhandlungen haben können. Hofft Außenminister Schuman darauf, der deutsche Bundeskanzler werde den deutschen Standpunkt aufgeben und sich dem französischen Willen beugen, um das Zustandekommen seiner Integrationsverträge nicht zu verhindern? Oder hatte man in Paris andere Gründe, um zu diesem Zeitpunkt die Saarfrage erneut in den Mittelpunkt der politischen Gespräche zu rücken?

Beides ist möglich, aber für das letztere sprechen sehr gewichtige Argumente. Die Regierung Hoffmann in Saarbrücken sieht sich immer größeren Schwierigkeiten gegenüber. Die deutsche Bevölkerung des Saargebietes bekundet trotz der Einschränkungen,

denen die freie Meinungsäußerung unterworfen ist, ihren Unwillen gegenüber der von ihr betriebenen Politik von Tag zu Tag mehr. Die Propagandaaktionen, die von Saar-Hoffmann eingeleitet wurden und in deren Verlauf tausende von Plakaten, hunderttausende von Flugblättern und Kurzfilme in allen Kinos an der Saar für die Beibehaltung des derzeitigen Zustandes warben, verpufften ohne den geringsten Erfolg. Im Gegenteil, die Bevölkerung war empört über die Verschwendung ihrer Steuergelder, mit denen diese Propaganda für die Separation der Saar von Deutschland finanziert wurde. Wenn also bei den im Herbst fälligen Wahlen der französische Standpunkt von den Anschließparteien ungeschminkt hätte vertreten werden müssen, würden sie mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit - ob nun deutsche Parteien bestanden hätten oder nicht - eine vernichtende Niederlage erleiden. Die Menschen an der Saar, die sich immer stärker zu Deutschland hingezogen fühlen, hätten Mittel und Wege gefunden, sich für den klaren deutschen Standpunkt, nach dem die Saar nach wie vor ein Bestandteil Deutschlands ist und die Trennung widerrechtlich erfolgte, einzusetzen und damit dem Regime Hoffmann den Todesstoß zu versetzen. Deshalb war es für die Separationspolitiker an der Saar eine Lebensnotwendigkeit, daß vor diesen Wahlen ein Gespräch in Gang kam, welches den Eindruck erwecken kann, als wolle man sich einigen und als habe Deutschland die Absicht, den französischen Wünschen entgegenzukommen. Mit dem jetzigen Europäisierungsgespräch - ganz gleich, was dabei herauskommt - ist für die Hoffmann-Clique dieser Effekt gegenüber der Saarbevölkerung erzielt und die gleichgeschaltete Saarpresse verkündet triumphierend, daß die "europäische Politik" Grandvals und Hoffmanns den Sieg davontragen werden über die nationalistischen Ansprüche Deutschlands.

Dieser täglich in hunderttausenden von Exemplaren verkündeten Meinung kann an der Saar nichts entgegenwirken, weil es keine freie Presse gibt und keine politische Partei eine Versammlung abhalten kann, in der das Gegenteil gesagt wird. Die so gestiftete Verwirrung der öffentlichen Meinung trägt Wasser auf die Mühlen der Separationspolitiker und deshalb liegt die Vermutung nahe, daß die jetzigen Verhandlungen lediglich ein taktischer Zug Frankreichs zur Verstärkung der Position seiner Freunde an der Saar sind. Bei einem Scheitern kann man dann immer noch den "nationalistischen Ansprüchen" Deutschlands die Schuld dafür geben.

Deshalb sollte von deutscher Seite bald eindeutig erklärt werden, daß es sich bei den Besprechungen in Paris nicht darum handeln kann, endgültig auf die Saar zu verzichten und daß die Entscheidung über den Sitz der Schuman-Plan-Behörde nicht die endgültige Regelung der Saarfrage, die dem Friedensvertrag vorbehalten sein muß, vorwegnehmen kann. Wenn schon von Europäisierung der Saar gesprochen wird, so wäre es das wichtigste, die politischen Methoden in Saarbrücken zu europäisieren und durch Schaffung der demokratischen Freiheiten den deutschen Menschen an der Saar die Möglichkeit zu geben, ihren Willen frei zu bekunden. Nur dann, wenn die politische Situation derart bereinigt ist, wird es möglich sein, über die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs an der Saar als eine mögliche Form der Verwirklichung eines Reparationsanspruches in ein erfolgsversprechendes Gespräch zwischen Bonn und Paris einzutreten.

Der Parteitag der Missini

v. sch. - Rom, Anfang Aug.

Die Italienische Sozialbewegung hat endlich ihren Parteitag abhalten dürfen. Die Tagung hat in der Abruzzen-Stadt L'Aquila stattgefunden und ist, rein äußerlich, in durchaus demokratischen Formen vor sich gegangen. Die Richtungskämpfe und Meinungsverschiedenheiten sind in Rede und Gegenrede offen, und zum Teil sehr heftig, ausgetragen worden, ohne daß von der Parteileitung her versucht wurde, autoritär die Kritiken der Minderheit zu unterdrücken. Auch die abschließende Vorstandswahl hat an demokratischer Korrektheit nicht zu wünschen übrig gelassen. In dieser Hinsicht sind, das muß man leider der Wahrheit zuliebe feststellen, die Neofaschisten viel demokratischer als die Kommunisten.

Sind die Missini überhaupt faschistisch? Zweifellos ja, insofern als sie sich selber als die geistigen Erben des Regimes Mussolinis betrachten. Aber sie haben dieses Erbgut nicht en-bloc übernommen. Sie sind extrem-nationalistisch, leidenschaftlich anti-marxistisch, vor allem antirussisch, sie verhöhnen die parlamentarische Republik, wenigstens in ihrer jetzigen Form, und werfen den Antifaschisten, die im letzten Kriege auf der Seite der Alliierten standen, Landesverrat vor. Aber die meisten von ihnen lehnen, anscheinend aufrichtig, das Einparteiensystem Mussolinis als überholt ab.

Besonders interessant war das eindeutige Bekenntnis der über-großen Mehrheit der Delegierten zur republikanischen Staatsform. Auch in diesem wichtigen Punkt haben die Missini die Erbschaft jener "Sozialen Republik" angetreten, die Mussolini nach seiner Absetzung durch den König und seiner Befreiung durch Hitlers Fallschirmjäger in Norditalien proklamiert hatte. Man kann sich nur darüber wundern, daß sie sich dennoch bei den letzten Wahlen mit den Monarchisten verbündet haben und dieses Bündnis - wie sie sagen, aus taktischen Gründen - auch bei den kommenden Parlamentswahlen beibehalten wollen. Für die Monarchisten, die sich einbildeten, die Neofaschisten durch dieses Bündnis für ihre Restaurationszwecke einspannen zu können, war das Verhalten der Delegierten in L'Aquila sicher eine peinliche

Überraschung; und es bedeutet auch für das Bündnis selbst eine schwere Belastungsprobe.

Vor allem war das Auftreten der radikalen Opposition zur jetzigen offiziellen Politik der Bewegung bemerkenswert. Sie hatte eine Sondertagung ihrer Anhänger kurz zuvor in Mailand abgehalten, und man nannte sie daher "die Mailänder", zumal sie vor allem in den nördlichen Provinzen rührig ist. Es sind dies teils Intellektuelle, teils auch echte Handarbeiter, im Gegensatz zu den zahlreicheren Delegierten aus dem Süden, die in der Hauptsache Kleinbürger und Bauern sind. In wirtschaftlichen und sozialen Fragen traten die "Mailänder" geradezu fanatisch antikapitalistisch auf, was die Mittelständler, auf die sich die bisherige Leitung stützte, nicht wenig erschreckte. Zeitweise waren die Gegensätze so heftig, daß man mit der Möglichkeit einer Spaltung noch mitten während der Tagung rechnen konnte. Aber mit pathetischen Hinweisen auf die lauern den Feinde der Bewegung ist es dem Vorstand gelungen, die äußere Einigkeit noch einmal wiederherzustellen.

Außenpolitisch hat sich die M.S.I., nachdem sie bisher den Atlantik-Pakt heftig bekämpft hatte, auf den Boden dieser vollendeten Tatsache mit einem generellen Bekenntnis zu Italiens westlicher Tradition und Kultur gestellt. Nur eine kleine Minderheit von ganz Radikalen vertrat den Standpunkt, daß die Anglo-Amerikaner ebenso hassenswert seien wie die Bolschewisten. Überhaupt war das Bestreben der Parteiführung auffallend, sich national und international als eine regierungsfähige Kraft zu empfehlen. Aber gerade das ist es, was die radikalen, vor allem die jüngeren Elemente der "Sozialbewegung", mit Mißtrauen erfüllt. Und da bisher eine überragende Persönlichkeit mit der Rednergabe und der Dynamik eines Mussolini in der M.S.I. fehlt, ist es fraglich, ob sich auf die Dauer eine Partei mit so tiefen inneren Zwiespältigkeiten zusammenhalten läßt.

+ + +

Mehr als eine Goldmedaille

dt-Hannover

Deutschland hat in Helsinki keine Goldmedaille errungen, den deutschen Athleten fehlt, wie die Experten erklären, die internationale Erfahrung. Indessen hat Deutschland, was von den Olympiafanfaren etwas übertönt wurde, auf einem anderen Gebiet mehr als eine Goldmedaille gewonnen: Dem Lutherischen Weltbund, einer Vereinigung von 50 Kirchen mit 80 Millionen Seelen in der ganzen Welt, präsidiert für die nächsten fünf Jahre ein Deutscher, Landesbischof Dr. Hanns Lilje, dem diese Ehre zuteil wurde, ist somit der erste Deutsche, der sich in einer internationalen Organisation durchzusetzen verstand. Die lutherischen Kirchen, die schon 1947 einen Strich unter die deutsche Vergangenheit zu ziehen wußten, waren bei der Wahl Liljes sicher nicht schlecht beraten. Was kein deutscher Politiker, Wissenschaftler, Sportler oder Sportfunktionär zustandebrachte, ist einem Kirchenmann gelungen: Primus inter pares in einer Weltorganisation zu werden. Niemand wird bezweifeln, daß es Lilje an internationaler Erfahrung mangelt.

Diese "Goldmedaille" ist, von einem Laien gesehen, der den Lutherischen Weltkongreß in Hannover zehn Tage lang beobachtet hat, das für Deutschland erfreulichste Ergebnis. Es gibt noch mehr erfreuliche Ergebnisse. Dazu gehört z.B., daß Tausende von Ausländern direkt und in engem Kontakt mit der Bevölkerung das Leben in Deutschland mit allen Nöten und Auswüchsen kennengelernt haben. Dazu gehört ferner der bei den Tagungen gewonnene Eindruck, daß die lutherischen Kirchen sich bemühen, ihr Leben in einer demokratischen Atmosphäre zu gestalten.

Es hat auf dieser Tagung einige Höhepunkte gegeben. Für den politisch interessierten Laien waren das z.B. das Auftreten des norwegischen Bischofs Berggrav und die Thesen, die er zum Thema "Kirche und Staat" aufgestellt und den einzelnen Gliedkirchen zur Diskussion für die nächsten fünf Jahre unterbreitet hat. Bis dahin dürfte sich wohl auch im Schoß der lutherischen Kirchen der Begriff "Wohlfahrtsstaat" geklärt haben. Berggrav hat ihn, mitunter nicht sehr freundlich, als eine Mischung von Rechtsstaat und Wohlfahrtsstaat bezeichnet, der Einheitsstaat sein möchte. Der Bischof, der diesen Staat in manchen Beziehungen in Konkurrenz zur Kirche gestellt hat, ließ offen, ob er

darunter die sozialen Evolutionen in England oder in einigen skandinavischen Ländern versteht oder die pseudo-sozialistischen Erscheinungen jenseits des Eisernen Vorhangs. Solange man also nicht genau weiß, gegen wen der Bischof ficht, muß eine Auseinandersetzung mit diesen Dingen verschoben werden. Es sei aber der Wille des Bischofs begrüßt, gegen die immer stärker sich ausweitende Allmacht des Staates gegenüber dem Staatsbürger das Wort zu erheben, solange sich auch die Kirche der gepredigten Zurückhaltung befleißigt.

Mit viel politischer Delikatesse hatten sich die Kirchenmänner auf der Tagung in Hannover aus der "ungarischen Affäre" gezogen. Es war, wenn man die Verweigerung der Interzonenpässe für 5000 Lutheraner aus der Ostzone mehr unter dem Blickwinkel "Gesamtdeutschland" betrachtet, das Ost-West-Problem in der Kirche. Es ist zugleich das "Mitläufer-Problem" in neuer Auflage. Liljes Vorgänger, Bischof Nygren, hat für die ungarische Delegation ein abgewandeltes Bibelwort gefunden, er hat die Versammlung gebeten, "mit Geduld die schwachen Brüder aus Ungarn zu ertragen". Die Ungarn haben protestiert, gleichzeitig aber bekanntgegeben, daß sie nicht daran denken, aus dem Weltbund auszutreten. Das läßt wie manche andere Erscheinungen darauf schließen, daß die Ungarn nicht nur von ihrer Regierung beauftragt wurden, zumindest als Beobachter weiterhin im Weltbund zu bleiben.

Gerade bei der Auseinandersetzung mit den Ungarn wurde klar, daß es der lutherischen Kirche an einer sozialen Konzeption fehlt. Zwar wurde viel über die Diakonie gesprochen und es wurden vortreffliche Worte zu Flüchtlingsfragen gefunden, hinter denen auch Taten stehen. Der Beobachter aber mußte ein befreiendes und verpflichtendes Wort zu den sozialen Dingen vermissen. Gewiß hat Prof. Nolde (USA) einmal den "Angriff auf die Grundübel der Not und Armut, der Heimatlosigkeit, der sozialen Erniedrigung" als "eines der notwendigen Ziele" bezeichnet, "um den Spannungen und Gefahren in der Welt zu begegnen". Aber das geschah nicht vor dem repräsentativen Forum der Vollversammlung, sondern auf eine Veranstaltung der lutherischen Woche, die parallel zum Weltkongreß lief. Und auch da hat Prof. Nolde gewissermaßen nur eine Diagnose gesetzt, ein von der Kirche kommendes Rezept, etwa eine Empfehlung an die "Mächtigen dieser Welt", hat er nicht gegeben.

Zweifellos hat man im Schoß der Kirche um diese Dinge gerungen, offenbar aber ließ die Vielgestaltigkeit des Weltbundes kein allgemein gültiges Bekenntnis in dieser Hinsicht zu. Man kann dafür auch einen kompetenten Zeugen zitieren: "Bei den Aussprachen machte sich immer stärker das Fehlen einer klaren lutherischen Sozialität bemerkbar" - heißt es in ^{der} Aussendung des evangelischen Pressedienstes. Man könnte dem hinzufügen: Manches von dem, was die Ungarn aus propagandistischen Gründen in Hannover gesagt haben, sollte dem Weltbund aus Gewissensgründen zu denken geben.

+ + +

Zersetzungserscheinungen im schleswig-holsteinischen Wahlblock

(sp) Die Wahl des Sozialdemokraten Heinrich Sellmann bei der Nachwahl im Kreise Pinneberg ist ein Sieg der Sozialdemokratischen Partei in Schleswig-Holstein. Dem Wahlblock wurde das Mandat abgenommen, das er bisher für Pinneberg-Nord im Landtag durch einen DP-Abgeordneten ausübte. Der Zersetzungsprozeß der Wahlblockparteien ist nicht mehr aufzuhalten. Auch der Zusammenschluß der miteinander verfeindeten Parteien CDU, FDP und DP hat ihre Niederlage nicht verhindern können. Die sozialdemokratische Fraktion im Landtag besteht nunmehr aus 20 Abgeordneten. Die Wahlblockparteien haben ein Mandat verloren und die Regierung Lübke kann sich auch im günstigsten Falle auf keine Zweidrittelmehrheit mehr stützen.

Diese praktische Veränderung im Landtag wird der Regierung Lübke freilich noch nicht die Basis entziehen, aber bei der ersten Nachwahl zu dem augenblicklich bestehenden schleswig-holsteinischen Landtag hat die Bevölkerung der Regierung Lübke das Vertrauen entzogen. Der BHE wird hieraus nicht die notwendigen Konsequenzen ziehen und der Regierung Lübke eine Absage erteilen. Er hat sich auf Gedeih und Verderb mit dieser Wahlblockregierung verbunden. Die Verluste des BHE sind aus diesem Grunde prozentual noch stärker als die des Wahlblocks. In ländlichen Gemeinden ist sein Stimmenanteil zum Teil um die Hälfte gesunken.

Ministerpräsident Lübke fühlte sich veranlaßt, für den Sieg der Sozialdemokratie im Wahlkreis Pinneberg-Nord die KP verantwortlich zu machen. Die Sozialdemokratische Partei hält ihn entgegen: Wo sind denn die 4000 Wähler in Pinneberg geblieben, die den Regierungsparteien verloren gingen? Die KP hat nur verhindert, daß der Sieg der SPD noch größer wurde als er schon ist; denn die Wahlblockparteien haben sich die Parolen der KP nach Kräften zunutze gemacht, um bei ihren bisherigen Anhängern mit dem Kommunistenschreck wieder Boden zu gewinnen. Die SPD hat in Versammlungen und Flugschriften jedoch keinen Zweifel darüber gelassen: Jeder Wähler, der ihren Kandidaten wählt, wählt damit einen scharfen Gegner der Kommunisten. Die Sozialdemokratie läßt sich keine Gelegenheitshelfer und falschen Freunde aufdrängen.

Die Pinneberger Wahl beweist, daß der Landtag heute eine wesentlich andere Zusammensetzung haben würde, wenn nicht nur in Pinneberg, sondern in allen Wahlkreisen des Landes gewählt worden wäre. Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins ist von den Regierungen Bartram und Lübke schwer enttäuscht worden. Die Absage der Wähler gilt jedoch nicht nur der Regierung Lübke mit ihren mangelnden Leistungen, sondern auch der Regierung Adenauer mit ihrer Politik des sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Rückschritts.